



Jürgen Peters

Erster Vorsitzender der IG Metall

Rede auf der regionalen Großkundgebung

am 21. Oktober 2006 in Dortmund

„Das geht besser!“

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Gürtel enger schnallen !

Länger arbeiten! Für weniger Geld ! Versteht sich !

Mehr Ausgaben an allen Ecken und Enden.
Für Strom, Gas, Wasser.
Zuzahlungen für Medikamente, Arztbesuche.

Und dann kommt ein Minister daher und erzählt uns: Wir müssen im Zweifel
auf eine Urlaubsreise verzichten, um für später vorzusorgen.

Das haut dem Fass den Boden 'raus!

Das sind die Botschaften der Konservativen und Neoliberalen.

So wollen einige Deutschland gesund machen.

Auf Knochen der kleinen Leute - zugunsten der großen Einkommen.

Darum stehen wir heute hier !

Darum demonstrieren wir heute hier, wie in Berlin, in Frankfurt, in Stuttgart
und München.

Da wollen einige, dass Arbeit so „billig wird wie Dreck“.

Sie wollen den Niedriglohn. Flächendeckend !
Dann geht's allen wieder gut.
So ihre Botschaft.
Welch ein Hohn !

Wir wollen faire Arbeitsbedingungen und einen gerechten Lohn.

Wir wollen einen Lohn zum Leben.

Wir wollen einen Lohn der mindestens die Existenz sichert.

Wir wollen einen Mindestlohn. Ohne Wenn und Aber !

Kolleginnen und Kollegen,
da glauben einige, den Arbeitnehmern alles abverlangen zu können.

Da meinen einige, der breiten Mehrheit alles zumuten zu können.

Da hat man den Arbeitnehmern in Kamp-Lintfort und Bocholt in die Taschen gegriffen. Tief in die Taschen gegriffen.

Rund 30% weniger Einkommen, damit die Produktion vor Ort weiterlaufen kann.

Nun hat BenQ den Laden vor die Wand gefahren. Konkurs !

Die Vorstände von Siemens haben sich derweil eine Gehaltserhöhung von 30 % genehmigen lassen.

Damit muss endlich Schluß sein !

Die Arbeitnehmer sind nicht die Dukatenesel der Nation.

Wir wollen unseren gerechten Anteil.

Wir wollen, dass es wieder gerecht zugeht in unserem Land.

Breite Schultern müssen mehr tragen als schmale.

Wir brauchen eine gerechtere Lastenverteilung.

Wir brauchen ein gerechteres Steuersystem.

Es muss Schluß sein mit den Steuergeschenken an Unternehmer und hohe Einkommensbezieher.

Im Gegenteil !

Die Reichen und Superreichen müssen wieder beteiligt werden an der Finanzierung unseres Gemeinwesens.

Das ist gerecht !

Wir wollen die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Erhöhung der Erbschaftssteuer.

Es muss endlich Schluß sein mit der Umverteilung von unten nach oben.

Den Großen wird gegeben, den kleinen Leuten genommen.

Das kann doch nicht richtig sein.

Es kann doch nicht richtig sein,

- die Mehrwertsteuer drastisch anzuheben,
- die Entfernungspauschale erheblich zu reduzieren,
- die Kindergeldbezugsdauer einzuschränken,
- Abfindungen voll zu versteuern,
- den Sparerfreibetrag zu halbieren
- und die Eigenheimzulage zu streichen.

Alles Belastungen für die breite Mehrheit.

Gleichzeitig soll erneut das Füllhorn über die Unternehmen ausgeschüttet werden.

Die geplante Unternehmenssteuer entlastet die Kapitalgesellschaften in Milliardenhöhe.

Kein Wunder, dass die Unternehmer Beifall klatschen.

Die Milliardengeschenke an die Unternehmer fehlen in den öffentlichen Haushalten.

Jeder kann sich ausrechnen was das heißt:

Weiter Einsparungen ! Weitere Leistungseinschränkungen !

Das ist keine Korrektur der sozialen Schieflage in unserem Lande. Das ist eine weitere Verschärfung. Eine weitere Verschärfung der sozialen Lage der breiten Mehrheit der Bevölkerung.

Das Geld fehlt für Kindertagesstätten, Bildung und öffentliche Infrastruktur.

Das Geld fehlt für eine aktive Beschäftigungspolitik.

Deshalb:

Wir müssen umsteuern. Jetzt und sofort !

Wir müssen die Politik zwingen, andere Wege einzuschlagen.

Wir wollen den Niedriglohn eindämmen und beseitigen.

Wir wollen eine Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für Ältere.

Wir wollen ein Arbeitslosegeld II das zum Leben reicht.

Und wir brauchen Zumutbarkeitsregeln, die vor Lohndumping schützen, anstatt Menschen zu Lohndumping zu zwingen.

Alle haben ein Anrecht auf existenzsichernde Arbeit.

Darum: Tariflich geregelte Mindestlöhne.

Wir sagen: Unter 7,50 Euro geht nichts !

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir brauchen nicht nur eine Mindestabsicherung.

Wir brauchen mehr Beschäftigung.

4,5 Mio. Menschen sind arbeitslos. Registrierte Arbeitslose.

Millionen Menschen ohne Perspektive.

Millionen Menschen wollen arbeiten, aber diese Gesellschaft verweigert ihnen bezahlte Erwerbsarbeit.

Und da kommen einige und wollen die Rente mit '67.

Die, die Arbeit haben, sollen 2 Jahre länger arbeiten, damit die, die keine Arbeit haben, auch keine Arbeit bekommen, z.B. die jungen Menschen.

Das ist absurd !

Schon heute ist die Jugendarbeitslosigkeit ein nicht zu überbietender Skandal.

2 Jahre länger arbeiten bedeutet, dass 2 Jahrgänge von Jugendlichen nicht in die Betriebe kommen.

Jeder weiß, viele halten schon heute nicht bis 65 durch. Und das wird in Zukunft nicht besser.

Deshalb: Rente mit '67 ist nichts anderes als ein weiteres Rentenkürzungsprogramm. Die, die unverschuldet oder aus Gesundheitsgründen früher in Rente gehen müssen, denen werden Steine hinterher geschmissen.

Und dazu sagt die Große Koalition: Diese Politik sei alternativlos.

Ich sage:

Diese Politik ist fantasielos! Ungerecht! Und unsozial!

Die Politik will uns weiß machen, dass das alles notwendig sei wegen der Finanzen und der Demographie.

Ich sage: Das ist Unsinn!

Entscheidend für die Alterssicherung ist , wie viel Reichtum eine Gesellschaft produziert und wie dieser Reichtum verteilt wird.

Deutschland ist ein reiches Land. Und der Reichtum wächst. Von Jahr zu Jahr. Warum also sollen unsere Rentnerinnen und Rentner künftig in Armut leben?

Deshalb: Wir haben Alternativen zur Politik.

Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung. Eine Versicherung in die schrittweise alle einbezogen werden.

- Selbständige,
- Freiberufler,
- Beamte - auch die Politiker.

Das ist gerechter und ergiebiger.

Kolleginnen Und Kollegen,
was wir brauchen ist ein flexibler Ausstieg aus dem Erwerbsleben bis 65 - statt Rente mit 67.

Wer 40 Jahre lang geschafft hat, der muss ausscheiden können. Ohne Abschläge!

40 Jahre sind genug! Basta!

Wir brauchen einen flexiblen Ausstieg. Dazu gehört auch die Altersteilzeit.
Sie muss erhalten bleiben.

Ich fordere die Politiker auf, mit uns gemeinsam hier neue Wege zu suchen
für ein bewährtes personalpolitisches Instrument.

Kolleginnen und Kollegen,
es bleibt uns nichts erspart.

Da sollen wir auf Urlaub verzichten.
Millionen haben heute schon keinen richtigen Urlaub mehr, weil arbeitslos.

Hartz IV Bezieher können nicht in den Urlaub fahren. Das sieht der
Regelsatz nicht vor.

Ich habe den Eindruck, einige wissen überhaupt nicht mehr wie die
Wirklichkeit aussieht.

Dass z.B ein Großteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schon heute
hoch verschuldet ist?

Dass schon heute viele Menschen ihren Lebensunterhalt vom Lohn nicht
mehr bestreiten können.

Dass Reiche immer reicher und die Armen immer ärmer werden.

Und nun diskutieren einige in der Politik über das Anspruchsdenken derer,
die arbeitslos sind und unserer Unterstützung bedürfen.

Unfassbar !

Jetzt reden einige in der Politik von „Unterschichten“. Von mangelndem
Aufstiegswillen.

Unglaublich!

Als hätte die Politik nicht dazu beigetragen, dass viele Menschen sich in dieser Lage befinden.

Seit Jahren predigen sie den Niedriglohn und eine weitere Liberalisierung und Deregulierung der Arbeitsmärkte.

Alles was die Marktkräfte stört soll beseitigt werden. Jetzt und sofort !

Der Markt, das unbekannte Wesen soll's „richten“.

Freie Fahrt für freie Unternehmer - das ist ihr Credo.

Darauf soll alle Politik ausgerichtet werden.

Da soll der Kündigungsschutz aufgehoben werden, weil er angeblich den Beschäftigungsaufbau behindert.

Welch ein „Schmarrn“ !

Ich darf einmal jemanden zitieren, der unverdächtig ist.

Der ehemalige Chefredakteur des Handelsblattes sagt dazu folgendes:

„Es ist nun einmal nicht einzusehen, warum eine Lockerung des Kündigungsschutzes zum Angebot zusätzlicher Arbeitsplätze und nicht zum bloßen Austausch von Arbeitnehmern führen würde; wie ja auch eine Liberalisierung des Scheidungsrechts nur den Ersatz der älteren durch jüngere Ehefrauen bewirkte, nicht aber eine Zunahme der Eheschließungen.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
das ständige „Rumdoktern“ am Kündigungsschutz hat keinen einzigen Arbeitsplatz gebracht. Im Gegenteil!

Die Massenarbeitslosigkeit ist nicht gesunken, sondern gestiegen!

Wir brauchen keine Verschlechterung des Kündigungsschutzes.

Wir brauchen Sicherheit für die Menschen !

Wenn es nach den neoliberalen und Falken im Arbeitgeberlager geht steht alles auf dem Prüfstand. Sie wollen alles ändern oder abschaffen was ihren Interessen im Wege steht. Gnadenlos und radikal !

Da soll

- die Mitbestimmung abgeschafft,
- die Betriebsverfassung eingeschränkt werden.

Jeder weiß:

Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer trägt dazu bei, Arbeitgeberwillkür zu begrenzen.

Die Mitbestimmung bietet die Chance einer Politik auf Augenhöhe.

Die Mitbestimmung ist nicht ein betriebswirtschaftlicher Faktor -
die Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist vielmehr ein Teil der sozialen Demokratie in unserem Lande.

Herbert Wehner hat einmal gesagt: Wer an der Mitbestimmung rührt, rührt am Nerv der Republik.

Recht hat er !

Kolleginnen und Kollegen,

wir werden einem Abbau der Mitbestimmung weder das Wort reden noch mitmachen. Wir werden die Mitbestimmungsrechte verteidigen und weiter entwickeln!

Kolleginnen und Kollegen,

die Teilhabe am Sagen will man uns verwehren.

An den Kosten des Sozialstaates wollen uns die Konservativen und Neoliberalen außerordentlich „großzügig“ beteiligen.

Da ist die Gesundheitsreform. Wieder das alte Strickmuster:
Die Unternehmer werden entlastet - die Arbeitnehmer belastet.

Das ist keine Reform !

Es ist keine Reform, wenn die Kosten nur verlagert werden - weg von den Unternehmen und hin zu den Arbeitnehmern.

Das ist sozial ungerecht und auch noch ökonomisch unsinnig. Weil den Arbeitnehmern dadurch Kaufkraft fehlt.

Wir brauchen keine Kostenverlagerung. Wir brauchen eine Kostensenkung.
Aber an der richtigen Stelle !

Wir brauchen mehr Effizienz bei der ärztlichen Versorgung, sinnvollere Einsparung bei den Arzneimitteln und keine erneute Entlastung der Unternehmen.

Wir bleiben dabei: Die Unternehmer müssen sich wieder an der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme paritätischen beteiligen.

Das ist das Gebot der Stunde !

Die Gesundheitspolitik ist schon heute ein Feld, auf dem sich die private Versicherungswirtschaft tummelt. Und das nicht zu knapp !

Ihre Privilegien werden auch in Zukunft kaum angetastet.

Auch in Zukunft ist das Profit-Interesse der privaten Krankenversicherung höher gestellt, als das Interesse an einem solidarischen Gesundheitssystem.

Das muss aufhören !

Kolleginnen und Kollegen,
es gibt Alternativen zur Kopfpauschale und zum Leistungsabbau im
Gesundheitssystem.

Wir wollen eine solidarische Bürgerversicherung.

Wir wollen alle Bevölkerungsgruppen schrittweise in die gesetzliche
Krankenversicherung einbeziehen. Auch Selbständige, Freiberufler, Beamte
und Politiker.

Wir wollen die Beitragsbemessungsgrenzen anheben. Wer mehr hat, soll
auch mehr einzahlen. Das ist nur gerecht !

Und wir wollen, dass auf alle Einkommen ein Beitrag gezahlt wird. Es ist
nicht einzusehen, dass nur Beschäftigte den Beitrag auf ihr gesamtes Brutto
zu bezahlen haben.

Und Aktionäre sind fein raus. Bisher sind ihre Renditen beitragsfrei.
Das muss sich ändern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
die bestehende Politik ist sozial ungerecht, weil sie zu Lasten der breiten
Mehrheit geht.

Die bestehende Politik ist sozial ungerecht, weil sie die soziale Schieflage in
unserer Gesellschaft nicht korrigiert, sondern weiter verschärft.

Und diese Politik ist auch aus wirtschaftlicher Sicht völlig verfehlt.

Eine Politik der Umverteilung von unten nach oben, das schwächt die
Massenkaufkraft.

Das bremst die Binnennachfrage, die ohnehin seit Jahren hinterher hinkt.

Die Folge:

- weniger Wirtschaftswachstum
- noch mehr Arbeitslosigkeit
- und letztlich noch mehr Resignation in der Gesellschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir können einer solchen Politik nicht das Wort reden.

Einer Politik, die sich gegen die Interessen der Beschäftigten und ihrer Familien richtet.

Einer Politik, die gegen die Interessen der Arbeitslosen und gegen die Interessen der Rentnerinnen und Rentner zielt.

Es geht um unseren Staat, um unser Gemeinwesen.

Es geht um unsere Zukunft.

Wir bekennen uns weiterhin zu den Grundprinzipien unseres Sozialstaates:

Der Starke für den Schwachen,
der Gesunde für den Kranken,
der Besserverdienende für den nicht so gut Verdienenden.

Wir wollen eine gerechtere und solidarische Politik.

Dafür engagieren wir uns.

Nicht nur heute und morgen, sondern auch übermorgen !

Es gilt:

Millionen sind stärker als Millionäre !